



# Kassa-Sturz

Millionenveruntreuung im Klagenfurter Rathaus: Kontrollamt forderte schon 2017 „Internes Kontrollsystem“. Bericht war Magistratsdirektor Jost bekannt. Der spielt nun Chefaufklärer. Rathaus bebt.

Text Franz Miklautz Fotos Carlito Shakleton (2), Gert Eggenberger, Daniel Raunig, Picturedesk/H. Neubauer

**W**as bisher bekannt ist: Ein ehemaliger Mitarbeiter der Stadt Klagenfurt soll von 1997 bis 2019, also 23 Jahre lang, insgesamt 1,76 Millionen Euro aus der Stadtkasse der Landeshauptstadt entwendet haben. Durchschnittlich gerechnet knapp 77.000 Euro pro Jahr.

Die 1,76 Millionen setzen sich laut Stadt Klagenfurt wie folgt zusammen: Bei 170 Transaktionen soll Geld aus der Stadtkasse entnommen, aber nicht auf das Bankkonto der Stadt eingezahlt worden sein. Schaden: 884.000 Euro. Bei weiteren 106 Fällen

sollen Gelder vom Bankkonto der Stadt behoben, aber nicht in die Stadtkasse eingezahlt worden sein. Fehlbetrag: 876.000 Euro. In Summe also 1,76 Millionen Euro. Mit Zins und Zinseszins handle es sich um einen Schaden von 2,3 Millionen Euro, ergab eine von der Stadt Klagenfurt beauftragte forensische Untersuchung der Wirtschaftsprüfungskanzlei KPMG. Gegen den ehemaligen Mitarbeiter wurde eine Sachverhaltsdarstellung bei der Staatsanwaltschaft eingebracht. Der Verdacht lautet auf Untreue. Das Landeskriminalamt ermittelt. Es gilt die Unschuldsvermutung.

**Beben im Rathaus.** „Es wurde mit erheblicher krimineller Energie vorgegangen, getäuscht und manipuliert“, so Bürgermeisterin Maria-Luise Mathiaschitz (SPÖ) und Magistratsdirektor Peter Jost in einer eilig einberufenen Pressekonferenz Anfang März dieses Jahres. Die rote Stadtchefin und der mächtige Beamte setzten sich vor versammelter Medienschar an die Spitze der magistratsinternen Aufklärung. Seither gärt es im Rathaus.

**„Zur Kenntnis genommen“.** Beobachter der Szenerie sehen nämlich auch Jost

*Der Bericht wurde in der Schlussbesprechung vom 7. Dezember 2017 mit dem Magistratsdirektor besprochen und von diesem zur Kenntnis genommen.*



„SB-KASSE“? 1,76 Millionen Euro sollen über 23 Jahre in der Stadtkasse abgezweigt worden sein

auf Grund einer Risikobetrachtung (...) für alle Abteilungen des Magistrates der Landeshauptstadt ein geschlossenes Internes Kontrollsystem zu konzipieren und eine verpflichtende Regelung für die Abteilungen und Dienststellen hinsichtlich Einführung und Anwendung eines IKS vorzusehen.“ Kurz: Das IKS soll wie ein „Schutzschirm“ dienen. Weiter heißt es: „Durch den Aufbau eines systematischen IKS können zumindest die wesentlichen Risiken vor Eintritt erkannt und durch Kontrollaktivitäten vermindert werden.“ Ob Mathiaschitz den Kontrollamtsbericht gelesen hat, kann nicht mit Sicherheit gesagt werden. Was hingegen als sicher gilt: Er ist an sie ergangen. Auch ihr Name steht in der Adressatenliste. Auskunftsanfragen des Kärntner MONAT zu dem Thema blieben sowohl von Mathiaschitz als auch von Jost unbeantwortet.

Damit ist nicht gesagt, dass das Stadtkassen-Desaster früher hätte erkannt werden können, dennoch bringt das Dokument Jost magistratsintern nun massiv unter Druck, da es, wie Kontrollausschuss-Obmann Elias Molitschnig (Grüne) bestätigt, bis heute „kein übergreifendes IKS im Magistrat gibt“. In der Verantwortung dafür sehe er „die Bürgermeisterin und den Magistratsdirektor“. Es gebe zwar Insellösungen, „aber eine zentrale Steuerung ist ausständig“. Der Kontrollausschuss habe auf diesen „Missstand hingewiesen“.

Dass die mutmaßliche Millionen-Malversation mit einem funktionierenden IKS womöglich früher hätte auffallen können,



UNTER DRUCK. Magistratsdirektor Peter Jost setzte sich an Spitze der Aufklärung

spielt aber ohnehin weniger eine Rolle, als dass sich Jost mit Rückendeckung von Mathiaschitz nun zum Vorkämpfer der Aufklärung macht, weshalb es bei Teilen der Belegschaft rumort. Zudem hätte sich mancher Mitarbeiter von der KPMG unschuldig „einvernommen“ gefühlt. Andere wiederum bestätigen das nicht, die Gespräche mit der KPMG seien professionell verlaufen, manche in direktem Kontakt, andere coronabedingt per Videobefragung.

Naturgemäß schießt nun die Opposition scharf: „Die politische Verantwortung trägt die Bürgermeisterin. Mathiaschitz hätte die Empfehlungen gemeinsam mit dem Magistratsdirektor umsetzen müssen“, moniert etwa Vizebürgermeister Wolfgang Germ (FPÖ). Seriöserweise muss man erwähnen, dass die Causa 23 Jahre

in einer – zumindest – organisatorischen Verantwortung für das dürre Abschneiden der Stadt in Sachen Kontrolle. Dies umso mehr, als nun ein Kontrollamtsbericht aufgetaucht ist, der schon vor rund drei Jahren, also 2017, ein übergreifendes „Internes Kontrollsystem“ (IKS) im Magistrat Klagenfurt empfohlen hat. Das Dokument liegt dem Kärntner MONAT vor. Und Jost kennt es, denn das Papier schließt mit: „Der Bericht wurde in der Schlussbesprechung vom 7. Dezember 2017 mit dem Magistratsdirektor besprochen und von diesem zur Kenntnis genommen.“

„Risiken vor Eintritt“ erkennen. Die Unterlage hält auf 14 Seiten detailliert fest, warum das Kontrollamt empfiehlt, ein IKS über den Gesamt-Magistrat zu spannen: „Das Kontrollamt empfiehlt

„MAHNUNG“. Das Kontrollamt empfahl bereits 2017, ein IKS über alle Abteilungen zu spannen

Das Kontrollamt empfiehlt auf Grund einer Risikobetrachtung bzw. auf Basis einer IKS-Logik für alle Abteilungen des Magistrates der Landeshauptstadt ein geschlossenes Internes Kontrollsystem zu konzipieren und eine verpflichtende Regelung für die Abteilungen und Dienststellen hinsichtlich Einführung und Anwendung eines IKS vorzusehen.

Das Fehlbeträge iHv von 1.760.000 Euro über 22 Jahre bei **mehrfachen jährlichen Kontrollen durch verschiedene Personen** angeblich nicht aufgefallen sind, nun aber unvermittelt auftauchen sollen, ist, man muss es so deutlich sagen, unbegreiflich.

„UNBEGREIFLICH“. Verteidiger Wess schreibt, dass jährlich mehrfach Kontrollen durch verschiedene Personen stattgefunden hätten. Die Stadt spricht von jährlich *einer* Prüfung



**PROMINENTER ANWALT.** Grasser-Anwalt Wess verteidigt Ex-Stadtmitarbeiter

zurückreichen soll und so auch vorherige Bürgermeisterperioden betroffen wären. Ob es auch in diesen bereits Kontrollamtsforderungen nach einem IKS gegeben hat, ist nicht bekannt.

Die Koalitionspartner von Mathiaschitz, Frank Frey (Grüne) und Markus Geiger (ÖVP), waren für eine Stellungnahme trotz mehrmaligem Versuch nicht erreichbar. Verfügbar war hingegen Team-Klagenfurt-Chef Klaus-Jürgen Jandl, der ähnlich wie Germ argumentiert: „Die Verantwortung für das IKS liegt klar beim Magistratsdirektor.“

**Grasser-Anwalt.** Indes bereitet sich der Anwalt des beschuldigten Ex-Mitarbeiters auf die Verteidigung vor. Der Beschuldigte engagierte ein juristisches Großkaliber: Der Wiener Anwalt Norbert Wess verteidigt auch Karl-Heinz Grasser im Buwog-Prozess. Dessen erste Stellungnahme an die Staatsanwaltschaft, sie liegt dem MONAT vor, enthält einige Diskrepanzen zu offiziellen Angaben der Stadt. Während diese von einer „jährlichen Kassenprüfung“ durch das Kontrollamt spricht, schreibt Wess von „mehrfachen jährlichen Kontrollen“. Und sogar von „unangekündigten (!) Überprüfungen“ durch „Mitarbeiter des Kontrollamtes“. Sein Fazit: „Dass Fehlbeträge iHv von (sic!) 1.760.000 Euro über 22 Jahre bei mehrfachen jährlichen Kontrollen durch verschiedene Personen angeblich nicht aufgefallen sind, nun aber unvermittelt auftauchen sollen, ist, man muss es so deutlich sagen, unbegreiflich.“ Sein Mandant bestreite jegliches Fehlverhalten, sagt Wess.

**Wasserschaden.** Während der KPMG-Bericht unter Verschluss ist und Jost trotz anberaumtem Tagesordnungspunkt dem Kontrollausschuss darüber wegen Verhinderung angeblich nicht berichtet hat, liegt dem MONAT ein Auszug davon vor. Darin wird festgehalten, dass der KPMG „Unterlagen, Informationen und Daten zum Teil gar nicht, unvollständig

bzw. in schlechter Qualität zur Verfügung stehen.“ Das sei „im Wesentlichen auf bereits durchgeführte Vernichtung bzw. einen Wasserschaden im Archiv zurückzuführen.“



## Mathiaschitz hätte die Empfehlungen gemeinsam mit dem Magistratsdirektor umsetzen müssen.

Wolfgang Germ, Vizebürgermeister, FPÖ

ren“. Und obwohl sowohl die Stadt als auch der Verteidiger des Ex-Mitarbeiters davon ausgehen, dass es ein Vieraugen-Prinzip gegeben habe, schreibt die KPMG: „Eine An- oder Abwesenheit des Stellvertreters (des Ex-Mitarbeiters, Anm.) am Tag der Barhebung kann nicht überprüft werden.“ Allerdings muss diesbezüglich

hinzugefügt werden, dass die Magistratsdirektion für Fälle von Abwesenheit der Stellvertretung des Ex-Mitarbeiters zur Sicherheit eine zweite Gruppe an Zeichnungsberechtigten installiert hatte.

**Stadtrechnungshof.** Der Fall könnte nun zu maßgeblichen organisatorischen Veränderungen im Magistrat führen. Seit etlichen Jahren poppt in der Diskussion um die Kontrolllegenden im Rathaus immer wieder das Wort „Stadtrechnungshof“ auf. Die mutmaßliche Veruntreuung könnte diesem Vorhaben Antrieb geben. FPÖ-Gemeinderat Andreas Skorianz spricht von der oberösterreichischen Stadt Wels als Vorbild. Dort sei ein solcher Stadtrechnungshof bereits etabliert.

„Unser Stadtrechnungshof ist aus der Stabsstelle Kontrolle und Revision entstanden“, sagt Manuela Hofer, Chefin des Welsener Stadt-RH. 80 Prozent der Prüfungen, die Hofer und ihre fünf Mitarbeiter durchführen, würden vom Stadt-RH selbst bestimmt werden. Ein Vorteil sei die Weisungsfreiheit, so Hofer. Die gebe es in Klagenfurt zwar auch, sagt Skorianz, sie gelte aber nur für den Kontrollamtsdirektor. „Und auch das nur formal.“ Auch Kontrollausschuss-Obmann Molitschnig tritt für einen eigenen Stadt-RH ein.

Übrigens: Auch in Wels gibt es eine Stadtkasse. Auch sie wird geprüft. Und zwar jedes Quartal. Also vier Mal im Jahr. Unangekündigt! Aber auch dort gab es einen Fehlbetrag. „Doch der lag unter einem Euro“, sagt Hofer.

Im Zuge der Befundaufnahme zur Gutachtenserstellung wurde festgestellt, dass Unterlagen, Informationen und Daten zum Teil gar nicht, unvollständig bzw. in schlechter Qualität zur Verfügung stehen. Dies ist im Wesentlichen auf bereits durchgeführte Vernichtung bzw. einen Wasserschaden im Archiv zurückzuführen.

LAND UNTER. Auszug aus KPMG-Bericht